

die Chance, unsere Muttersprache zu erwerben und Barrieren zu überwinden.

Lange Jahre nahm die Weiterbildung eine Randposition in unserem Bildungssystem ein. Das hat sich aber geändert. Im Jahr 2010 ist die letzte Kürzung zurückgenommen worden. Die Umsetzung der Weiterbildungskonferenz, die die Ministerin eingesetzt hatte, bezog sich dann auch nicht nur auf die Wiedereinführung des Berichtswesens, sondern auch auf den Landesbeirat und die neu eingerichtete Stelle für den Support bei QUA-LiS, was für die Weiterbildung besonders wichtig ist.

Uns ist bewusst, dass die Herausforderungen in der kommenden Zeit noch groß sein werden. Wir brauchen nicht nur mehr Plätze in Kitas und Schulen; es gilt auch, das nachzuholen, was bisher noch nicht erledigt wurde.

Das betrifft sicherlich auch die jungen Erwachsenen. Aber generell haben viele Menschen, die zu uns kommen, in ihrer alten Heimat keine Schule besuchen können. Das werden sie bei uns nachholen, wenn sie wollen. Viele Menschen, die zu uns kommen, haben in ihrer alten Heimat einen Berufsabschluss erworben, der aber nicht den Anforderungen unserer Arbeitswelt entspricht. Sie werden wir nachqualifizieren müssen.

Viele Menschen, die zu uns kommen, haben in ihrer alten Heimat ein Gemeinwesen erlebt, welches ganz anders ist als das unsere. Die enormen Vorzüge unseres demokratischen Systems – unseren Rechtsstaat, unsere Freiheit in der Gesinnung und die Gleichwertigkeit jedes Menschen – müssen wir vermitteln.

Dies ist die Herausforderung, der sich nicht nur unser Bundesland, sondern auch der Bund zu stellen hat. Die Weichen werden jetzt gestellt, damit das Wir in unserem Land für alle Menschen gelingen kann. Alle brauchen den Einstieg und den Aufstieg.

Der vorliegende Haushalt, insbesondere für die Weiterbildung, setzt die entsprechenden Zeichen. Ich lade alle ein, mit ihrem Votum diesem Haushalt zuzustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Zentis. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Das bleibt auch so.

Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache zum Einzelplan 05 und komme zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10505, den Einzelplan 05 unverändert anzunehmen. Wer sich dieser Empfehlung anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und die Piraten. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der

Fall. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 05 in zweiter Lesung angenommen.**

Ich komme noch einmal zurück auf den Einzelplan 02 und hier zur ausgesetzten Abstimmung über den Einzelplan 02. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10502, den Einzelplan 02 in der Fassung der Beschlüsse anzunehmen. Wer sich dieser Beschlussempfehlung anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und die Piraten. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 02 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses in zweiter Lesung** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen.**

Ich rufe auf:

**Einzelplan 15
Ministerium für Gesundheit, Emanzipation,
Pflege und Alter**

Ich weise Sie auf die **Beschlussempfehlung** und den **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/10515** hin.

Ich eröffne die Aussprache. Herr Kollege Burkert hat für die CDU-Fraktion das Wort.

Oskar Burkert (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich darf in Vertretung von Frau Kollegin van Dinther zum Thema „Emanzipation“ für die CDU-Fraktion Folgendes sagen: Die Frauenbeschäftigung liegt bundesweit auf einem hinteren Rang in Nordrhein-Westfalen. Die von Rot-Grün eingeführten Kompetenzzentren „Frau und Beruf“ sollten daher hinsichtlich ihrer Zielsetzung, die Frauenerwerbstätigkeit zu steigern, dringend auf ihre Wirkung hin überprüft werden. NRW ist auch Schlusslicht bei Frauen mit Vollzeitjobs. Nur 28 % der Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren sind in Vollzeit berufstätig. Das zeigt, dass es hier noch sehr viel zu tun gibt.

Meine Damen und Herren, im Teil zur Gesundheit möchte ich der Gesundheitsministerin gratulieren. Sie hat sehr viel angekündigt, nämlich den Krankenhausbedarfsplan. Sie hat über den Fachkräftemangel sehr viel geredet. Sie hat den Ärztemangel thematisiert. Sie hat die Ausbildung in den Pflegeberufen thematisiert. Sie hat es geschafft, die Zahl der Schüler im Bereich der PTA-Ausbildung zu verringern. Ich könnte noch mehr aufzählen. Allerdings waren das nur Ankündigungen, meine Damen und Herren.

Die „Rheinische Post“ titelt „Diagnose Notstand“ und schreibt weiter: Zu viele Kliniken verursachen zu hohe Kosten, während dem Land ein Ärztemangel

droht. Die Gesundheitswirtschaft, die wichtigste Branche des Landes, braucht eine Kur.

Der Krankenhausbedarfsplan sollte im März dieses Jahres umgesetzt sein. Ergebnis: noch keines.

(Ministerin Barbara Steffens: Das stimmt doch gar nicht!)

Sie wissen selbst, Frau Ministerin, dass wir Anträge aus dem Jahre 2011 haben, die bis heute noch nicht umgesetzt sind, obwohl das notwendig ist, zum Beispiel im Bereich der Psychiatrie. Nichts ist passiert. Die Krankenhäuser warten, um es umzusetzen. Sie stehen Gewehr bei Fuß; aber Genehmigungen für eine Umsetzung erfolgen nicht.

Im Bereich des Fachkräftemangels haben Sie jetzt die Gelegenheit, in Berlin die Bundesregierung, den Gesundheitsminister und die Familienministerin, Frau Schwesig, zu unterstützen, die in den letzten Tagen den Gesetzentwurf zur Generalisierung der Ausbildung auf den Weg gebracht haben. Leider haben Sie bisher auf der Bremse gestanden, weil Sie diese Generalisierung nicht haben wollen.

(Ministerin Barbara Steffens: Das stimmt doch gar nicht!)

Wir stehen für die Generalisierung der Ausbildung, damit die Pflegeberufe im Berufsleben demnächst auf gleicher Augenhöhe stehen können. Viele Einrichtungen sagen: Es ist notwendig, dass wir endlich in diesen Berufsfeldern zur gleichen Augenhöhe kommen; denn diese Gleichstellung auf Augenhöhe bedeutet auch, dass sie hinterher in gleicher Entlohnung stehen. Es hilft nicht, wenn wir nur jammern und sagen, wir müssten die Seniorenpflegerinnen und -pfleger auf Augenhöhe bringen, solange sie im Tarifbereich deutlich niedriger liegen. Hier hätten wir die Chance, dies zu tun.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir wissen heute – alle Statistiken sagen dies aus –, dass der Facharztmangel bzw. der Hausarztmangel im ländlichen Bereich in den nächsten Jahren dramatische Züge annehmen wird. Ganze Gebiete in Nordrhein-Westfalen, vor allen Dingen im ländlichen Bereich, werden keinen Arzt mehr haben. Die medizinische Versorgung ist in Gefahr. Wir haben bereits seit Langem darauf hingewiesen. Doch was tun Sie in diesem Bereich? Nichts! Es passiert nichts, um diesen Situationen entsprechend zu begegnen.

Wir haben davor gewarnt – ich habe das an dieser Stelle schon mehrmals gesagt –, die PTA-Ausbildung so zurückzufahren, wie es erfolgt ist, weil Sie sich aus der Finanzierung zurückziehen. Es sind ja nur wenige Tausend Schülerinnen. Das bedeutet, dass die Apotheken – die PTAs sind neben dem Apotheker der tragende Teil einer Apotheke – rückläufig sind und somit auch die medizinische Versorgung rückläufig ist.

Die Zahlen sind erst in der letzten Woche von der Apothekerkammer Westfalen-Lippe öffentlich gemacht worden. Wir haben einen deutlichen Rückgang der Zahl von Apotheken. Somit ist die Versorgungssicherheit nicht gewährleistet. Ich denke, Versandapotheken wollen wir nicht haben, weil wir durch eine vernünftige Beratung eine Mehrfachmedikation verhindern können. Das können wir nur in diesem Bereich.

In einem Punkt haben Sie uns im Ausschuss mitgeteilt, dass die Investitionskosten in Krankenhäusern nach § 23 Krankenhausgestaltungsgesetz um circa 3,5 Millionen € gekürzt werden.

(Ministerin Barbara Steffens: Was?)

Sie haben uns mitgeteilt, das liege daran, dass die entsprechenden Mittel von den Krankenhäusern nicht abgerufen worden seien. Hier kann ich nur den Krankenhäusern sagen: Steht nicht immer bei uns in der Tür und sagt, ihr bekämt keine Investitionsmittel, wenn ihr diese nicht abrufen. – Das ist eine wichtige Aussage für die Krankenhäuser, denke ich. Wenn sie schon Mittel einfordern, dann sollen sie sie auch abrufen. Ich denke, Sie haben recht, wenn Sie die Mittel dann so einkürzen, wie Sie das im Haushalt gemacht haben.

Meine Damen und Herren, wir werden natürlich diesem Haushalt, wie auch in den letzten Jahren, nicht zustimmen. Ich kann nur sagen: Wenn wir so fortfahren, wie Sie es auf den Weg gebracht haben, Frau Ministerin, kommen wir in den medizinischen Notstand. Das darf Nordrhein-Westfalen nicht passieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Burkert. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Kollege Yüksel das Wort.

Serdar Yüksel (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Burkert, das war ein Sammelsurium von Aufzählungen. Bei vielen Punkten habe ich mich gefragt, warum Sie nicht den Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe auf diese Punkte ansprechen; denn in vielen Bereichen, die Sie hier aufgezählt haben, ist schlicht und einfach das Land nicht zuständig, da es sich um eine Bundesangelegenheit handelt.

Jetzt möchte ich den Bundesgesundheitsminister auch loben, weil er viele Dinge, die Sie auf die Landesebene herunterziehen wollten, aus meiner Sicht gut angestoßen hat. Auch in Bezug auf den Ärztemangel im ländlichen Raum – es gibt 3.000 leere Praxen in der Provinz – existieren Initiativen des Bundesgesundheitsministers. An dieser Stelle brauchen wir eine bundeseinheitliche Regelung und Bundesinitiativen. Es kann nicht die Aufgabe des Landes sein, das alleine zu lösen.

Auch wenn Sie am Ende den Versuch unternommen haben, unser Gesundheitssystem etwas schlechtzureden, muss ich sagen, dass die Menschen in unserem Land dem Gesundheitswesen vertrauen. Sie geben ihm in Umfragen immer wieder Bestnoten. Sie wissen, dass sie sich im unerfreulichen Fall von Unfall, Krankheit oder auch Pflegebedürftigkeit im Land Nordrhein-Westfalen darauf verlassen können, dass sie die erforderliche und beste Versorgung erhalten.

Deshalb ist es unsere Aufgabe, eine verantwortungsvolle Landespolitik zu machen, die dieses Vertrauen festigt und erhöht. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, müssen wir uns auch in den nächsten Jahren vielen Herausforderungen stellen.

Der demografische Wandel stellt dabei eine erhebliche und strukturelle Herausforderung an die Gesundheits-, Alten- und Pflegepolitik dar. Die deutlich abnehmende Zahl erwerbstätiger Menschen und ein zum Teil massiver Bevölkerungsrückgang in einzelnen Regionen werfen weitere Fragen auf:

Wie steht es um eine gute medizinische und pflegerische Versorgung auch im ländlichen Raum? Diese Problematik hatte ich eingangs erwähnt.

Wie stellen wir angesichts schon jetzt fehlender Fachkräfte beispielsweise im Pflegebereich die Erfüllung des wachsenden Fachkräftebedarfs im Gesundheitswesen sicher?

Ein wichtiger Schritt war daher die Einführung einer Umlage, die dafür sorgt, dass in diesem Land immerhin 17.500 Stellen durch das Land gefördert werden. Damit haben wir nachhaltig dazu beigetragen, dass wir in Nordrhein-Westfalen ein Vorbild für viele andere Bundesländer sind, was die Ausbildung der Altenpflegerinnen und -pfleger angeht.

Als zweiten wichtigen Punkt möchte ich hier die Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge als erstes großes Flächenland erwähnen. Damit wurde eine Regelung abgeschafft, bei der Asylbewerber für einen einfachen Arztbesuch einen bürokratischen Hürdenlauf auf sich nehmen mussten. Die Landesregierung hat nun die Voraussetzungen für eine effiziente medizinische Versorgung der Flüchtlinge geschaffen, die hoffentlich von vielen Kommunen in Nordrhein-Westfalen wahrgenommen werden.

Wir sorgen also für einen unkomplizierten Zugang zur medizinischen Versorgung. Wir verringern den bürokratischen Aufwand. Wir entlasten unsere Kommunen und tragen somit auch unseren Teil zur Bewältigung dieser großen Aufgabe bei.

Frau Ministerin, ganz persönlich möchte ich Ihnen dafür danken, dass Sie das für Nordrhein-Westfalen als erstes Flächenland angestoßen haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Alleine der Haushalt unseres Einzelplans beträgt 1,09 Milliarden €. Damit erhöht er sich um 57 Millionen €. Die für 2016 geplante Krankenhausförderung in Höhe von 533 Millionen € stellt hier mit rund 50 % aller Ausgaben den finanziellen Schwerpunkt des Haushaltsentwurfs dar. In diesem Bereich übernimmt das Land Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Krankenhausgestaltungsgesetzes die Investitionskosten, die Baupauschalen, die Wiederbeschaffung von kurzfristigen Anlagegütern und die kurzfristige Nothilfe, um auch weiterhin den qualitativen Ansprüchen der Patienten und der Leistungserbringer zu genügen. Der erhebliche Teil der Nutzungsaufwendungen geht dabei auf den Landesanteil am Strukturfonds zurück.

Der Maßregelvollzug erhält im kommenden Jahr Zuwendungen in Höhe von 343 Millionen €. Dies stellt eine deutliche Erhöhung um rund 35 Millionen € dar. Das Ziel ist, eine effektive Therapie der Patientinnen und Patienten zu erreichen, die ihnen die Wiedereingliederung und ein straffreies Leben in der Gesellschaft ermöglicht. Sie haben gerade mitgerechnet: 533 Millionen € plus 343 Millionen € – dann bleibt nicht mehr viel im Einzelplan über.

Eine weitere Herausforderung stellen die Sicherung und die Weiterentwicklung einer bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen Wohn- und Versorgungsinfrastruktur für ältere und bedürftige Menschen, die bedarfsgerechte Förderung pflegerischer und medizinischer Dienstleistungen sowie die attraktive Gestaltung von Aus- und Weiterbildung im Bereich der Gesundheitsberufe dar.

Den Bewohnern unseres Landes wollen wir ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und eine qualitativ hochwertige pflegerische Versorgung anbieten.

Sehr geehrte Damen und Herren, um die hier skizzierten Veränderungen der Herausforderungen zu bewältigen, baue ich weiterhin auf die gute Arbeitsatmosphäre zwischen den Mitgliedern des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales, insbesondere dem Vorsitzenden Günter Garbrecht, sowie die Zusammenarbeit mit Frau Ministerin Stefens und Frau Staatssekretärin Hoffmann-Badache. Gemeinsam machen wir den Gesundheitsstandort Nordrhein-Westfalen stärker und attraktiver, um die Chancen und Potenziale dieses Bereichs im Land zu nutzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Yüksel. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die FDP steht für die Sicherung einer qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung in unserem Land, aber auch für

die Erreichbarkeit in der Fläche. Das Land ist bei der Krankenhausplanung und bei der Investitionsförderung gefordert.

Da muss ich meinen Vorrednern ein bisschen widersprechen: Die Krankenhäuser leiden unter einem Investitionsstau, der sich nicht erst seit gestern durch die Krankenhauslandschaft zieht. Wir hätten aber jetzt erwartet, dass die Gesundheitsministerin hier ihren politischen Schwerpunkt im Haushalt setzt.

Die Landesregierung gibt zwar vor, sich stärker zu engagieren; wir sollten uns die Zahlen aber genauer anschauen. Die Baupauschale wird einerseits um 7 Millionen € erhöht. Andererseits wird gleichzeitig die Förderung durch besondere Beträge weitgehend gestrichen. Das bedeutet netto nur 1,7 Millionen € mehr bei der Investitionsförderung. Es mag durchaus richtig sein, stärker auf pauschale Förderung zu setzen; aber von der angekündigten spürbaren Verbesserung für die Kliniken in Nordrhein-Westfalen bleibt so nicht viel übrig.

(Beifall von der FDP)

Angesichts des bekannten Investitionsstaus und der weit höheren Bedarfe ist dies absolut unzureichend. Aus Sicht der FDP muss die Baupauschale deutlich erhöht werden, damit auch in der Summe einige Millionen Euro mehr für die Investitionen zur Verfügung stehen.

Auch beim neu eingeführten Strukturfonds des Bundes versprechen Sie mehr, als Sie halten. Sie reden von der Gegenfinanzierung der Bundesmittel durch den Landeshaushalt. Es bleibt aber ein Anteil von 17 Millionen €, der von kommunalen, kirchlichen und privaten Krankenträgern aufzubringen ist, die sich teilweise schon erheblich bei der finanziellen Sicherung ihrer Kliniken engagiert haben. Ich warne Sie davor, die Krankenhäuser und ihre Träger zu überfordern.

Letzten Freitag hat die Ministerin im Bundesrat offenbart, wie sie sich die Krankenhausfinanzierung in Zukunft vorstellt. Teilmonistik soll die Lösung sein. Übersetzt heißt das: weniger zahlen, aber dennoch die gleichen Entscheidungskompetenzen behalten. Aus Sicht des Landes ist das sehr einfach und billig. Sie wissen, dass Sie vom Finanzminister keine ausreichenden Investitionsmittel bekommen werden; also wollen Sie die Verantwortung auf die Krankenkassen schieben.

Aber was bedeutet das letztlich? Die Beitragszahler, vor allem die Arbeitnehmer, werden stärker belastet, wenn sie künftig auch noch die Mittel für die Investitionen aufbringen müssen. Das wollen Sie dann „soziale Politik“ nennen.

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, eines meiner Lieblingsthemen beim Haushalt ist der Patientenbeauftragte des Landes. Sie haben dieses Jahr zwar den Ansatz im Haushaltsplan verschoben;

die Problematik bleibt aber gleich: Sie geben 400.000 € im Jahr für eine Einrichtung mit rund 1.100 Patientenkontakten im Jahr aus. Diese Zahl erreicht ein guter Hausarzt in den ersten fünf Tagen im Quartal.

(Beifall von der FDP)

Dabei sind die Kontakte dieses Patientenbeauftragten nicht einmal persönlicher Art, sondern lediglich Reaktionen auf E-Mails, Briefe oder Anrufe. Also 356 € für eine E-Mail! Ich glaube, das ist eine der teuersten E-Mails, die in Nordrhein-Westfalen verschickt werden.

(Beifall von der FDP)

Eine Stelle, die nicht gefragt wird, braucht man nicht. Frau Ministerin, wenn Sie gleich wieder kommen und sagen: „Er vernetzt; er macht dieses; und er macht jenes“, entgegne ich Ihnen: Er heißt Patientenbeauftragter, nicht Vernetzungsbeauftragter.

(Ministerin Barbara Steffens: Genau; er heißt Beauftragter!)

Ich möchte noch eine Maßnahme ansprechen – auch eine ganz schöne –, mit der im aktuellen Haushaltsplan ein erhebliches fiskalisches Risiko eingebaut wurde: Die Stiftung Wohlfahrtspflege NRW wurde bisher über die Mittel aus der Spielbankabgabe finanziert, die bekanntlich Jahr für Jahr sinken. Jetzt soll der Rückgang des Aufkommens aus der Spielbankabgabe durch einen Zuschuss aus originären Landesmitteln vollständig ausgeglichen werden.

Wir halten zwar die Arbeit der Stiftung in vielen Bereichen für sinnvoll, Ihren Vorschlag zur Finanzierung aber für völlig falsch. Der neu eingerichtete Haushaltsansatz wird Jahr für Jahr anwachsen, ohne dass das Problem an der Wurzel gepackt wird.

Sie wollen so nur von der unwirtschaftlichen Führung der Spielbanken ablenken. Statt ausufernder neuer Landeszuschusstöpfe bräuchten wir aber eine nachhaltige Sanierung unserer Spielbanken. Da wäre die Landesregierung gefordert.

(Beifall von der FDP)

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, diese Beispiele zeigen, dass die rot-grüne Haushaltspolitik auch in der Gesundheitspolitik falsche Schwerpunkte setzt. Hier können die Liberalen nicht zustimmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Ünal.

Arif Ünal (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren!

Die Opposition kann den Haushaltstitel 15 natürlich schlechtreden. Ich bleibe aber bei den Fakten. Ich werde Zahlen nennen, die Ihre Behauptungen widerlegen. Trotz der angespannten Haushaltssituation werden wir in eine präventive, vom Menschen her gedachte Gesundheitspolitik investieren. Sie wissen, dass wir im Einzelplan 15 rund 57 Millionen € mehr eingestellt haben als im Vorjahr.

Einen großen Schwerpunkt in diesem Haushalt stellen die Mittel für die Leistungen im Alter und für die Pflege dar. Ich weiß, dass Sie darüber nicht reden wollen, weil das ein Erfolgsprojekt in NRW ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Rot-Grün hat in den fünf Jahren seiner Regierung in NRW die Zahl der Ausbildungsplätze auf 17.850 erhöhen können. Erinnern wir uns daran, dass 2010, in der schwarz-gelben Regierungszeit, nur 9.300 Ausbildungsplätze zur Verfügung standen. So gesehen hat Rot-Grün innerhalb von fünf Jahren die Zahl der Ausbildungsplätze um 90 % erhöht. Nehmen Sie diese Zahlen zur Kenntnis, bevor Sie falsche Zahlen in die Welt setzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Für die Modellprojekte für die Altenpflegeausbildung und für die Gesundheitsfachberufe haben wir zusätzlich 200.000 € eingestellt, für die Forschung noch einmal 50.000 €. Damit stehen für die Pflegeausbildung und die fachliche Weiterentwicklung in NRW im Moment 64,4 Millionen € zur Verfügung. Damit sind wir im Vergleich mit anderen Bundesländern einsame Spitze. Kein anderes Bundesland investiert so viel Geld in die Altenpflege. Nehmen Sie diese Tatsachen bitte zur Kenntnis.

Meine Damen und Herren, nach der Verabschiedung des Altenpflegegesetzes und nach der Novellierung des Wohn- und Teilhabegesetzes ist der Wandel der Wohn-, Pflege- und Unterstützungsformen besonders im ambulanten Setting kontinuierlich voranzubringen. Gleichzeitig stehen wir vor der Aufgabe, die UN-Behindertenrechtskonvention in verschiedenen Lebensbereichen und Lebensphasen sukzessiv umzusetzen.

Zukunftsaufgabe ist es für uns tatsächlich, die Kommunen, die Gemeinden, die Stadtteile und Sozialräume so zu gestalten, dass jeder Mensch mit oder ohne Behinderung in seinem Quartier leben kann und am sozialen Leben ohne Behinderung teilnehmen kann.

Menschen mit Migrationshintergrund werden natürlich auch einmal in diese Altersgruppe hineinkommen, bei der der Unterstützungsbedarf zunehmen wird. Deswegen müssen wir auch in diesem Bereich Angebote für diese Zielgruppe entwickeln. Wir werden Kommunen in dieser Entwicklung natürlich fördern. Dafür steht der Landesförderplan „Alter und Pflege“. In diesem Jahr haben wir zusätzlich 1,25 Millionen € in diese Landesförderung „Alter und

Pflege“ hineingegeben. In den kommenden Jahren wird das noch einmal dadurch erhöht, dass wir auf annähernd 10 Millionen € aufgestockt haben. Das ist auch eine Aufgabe, die wir ernst nehmen.

Was die Gesundheitspolitik betrifft, so können wir aufgrund des Zeitmangels nicht alles aufzählen. Erlauben Sie mir aber, ein paar Stichpunkte zu erwähnen. Wir arbeiten bei der Gesundheitsversorgung im Interesse der Patientinnen und Patienten. Ich nenne die medizinische Versorgung im ländlichen Bereich. Um die Lage in bestimmten Stadtteilen zu verbessern, gibt es immer noch 2,5 Millionen € Förderung aus dem Landesetat.

Außerdem haben wir die Drogen- und Suchtpolitik. Die AIDS-Hilfe und natürlich die Präventionsarbeit, besonders bei der Aidsarbeit, und die Verbesserung der psychiatrischen Versorgung sind einige Schwerpunkte, die man stichpunktartig nennen kann.

Meine Damen und Herren, Ihr Lieblingsthema Krankenhausförderung: Wir haben tatsächlich eine halbe Milliarde € für die Krankenhausförderung im Haushalt. Wir wissen, dass der Bedarf höher ist. Wir haben hundertmal im Gesundheitsausschuss darüber diskutiert. Kein einziges Bundesland kann alleine diesen Investitionsstau bewältigen. Deswegen müssen Bund und Krankenkassen bei der Investitionsförderung der Krankenhäuser mitspielen.

Wir kennen die Not. Wir haben 7 Millionen € mehr für die Krankenhausförderung eingestellt. In den kommenden Jahren 2017, 2018 werden nochmal 10 Millionen € allein für die Investitionskosten eingestellt, darüber hinaus 16,6 Millionen € für die Kofinanzierung. Das sind die Tatsachen, die Sie endlich zur Kenntnis nehmen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss gestatten Sie mir auch noch, ein Lob in Richtung unserer Gesundheitsministerin auszusprechen, die es mit einer Rahmenvereinbarung mit den Krankenkassen geschafft hat, dass die Kommunen die Gesundheitskarte für Flüchtlinge einführen können. Das ist nicht nur gesundheitspolitisch geboten, sondern bedeutet auch mittelfristig für die Kommunen wirklich eine finanzielle Entlastung. Deswegen sagen wir unserer Gesundheitsministerin vielen Dank. Ich hoffe, dass dieses Angebot mehr und mehr von den Kommunen in Anspruch genommen wird. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und Norbert Römer [SPD])

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Ünal. – Für die Piraten spricht Frau Kollegin Pieper.

Monika Pieper (PIRATEN): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ünal, es wird Sie jetzt nicht erstaunen, dass wir uns dem Lob an die Gesundheitsministerin an dieser Stelle nicht anschließen können.

(Ministerin Barbara Steffens: Das wundert mich schon!)

2016 ist das Jahr 1 nach MegaBits. MegaHerz. MegaStark. Der eine oder andere erinnert sich vielleicht. Frau Kraft versprach hier eine Digitalpolitik, die sich in allen politischen Bereichen wiederfinden sollte: Digitalisierung total, NRW auf dem Weg in die digitalisierte Welt, auch in der Gesundheitspolitik.

(Ministerin Barbara Steffens: Wir sind am weitesten vorne im Vergleich zu allen anderen Bundesländern!)

Schauen wir uns aber an, was bislang passiert ist, dann bleibt es im Ergebnis eher bei einer Ankündigung – leider mehr schöne Worte als gute Taten.

(Ministerin Barbara Steffens: Stimmt gar nicht!)

Gerade im Gesundheitswesen könnte der Einsatz von digitalen Medien einen wertvollen Beitrag leisten. Leider wird hier politischer Wille nur angekündigt. Oder, anders ausgedrückt: Schön, dass wir mal wieder darüber geredet haben.

(Ministerin Barbara Steffens: Sie haben ja gar keine Ahnung, was im Land alles passiert!)

Denn das nötige Geld wird leider nicht zur Verfügung gestellt.

(Ministerin Barbara Steffens: Doch!)

Diese Unterfinanzierung hat erhebliche Folgen, auf die ich später noch eingehen möchte.

Meine Damen und Herren, mir geht es an dieser Stelle nicht darum, einzelne Posten des Haushaltsplanes auseinanderzunehmen. Es geht mir um eine Bewertung der Bemühungen der Landesregierung und um den Stellenwert, den das Thema Gesundheit der Menschen in NRW für diese Landesregierung aus unserer Sicht zu haben scheint.

Da werden 1 Million € für Hygienemaßnahmen oder ein paar Tausend für Impfkampagnen investiert. Für sich alleine betrachtet ist allein diese Unterfinanzierung von Impfkampagnen und Hygienemaßnahmen ein Skandal. Öffentlichkeitsarbeit unter Einsatz von digitalen Medien wäre auch hier angebracht. Das sind nur zwei Beispiele.

Aber Frau Steffens steht nun einmal für eine Politik, für die flächendeckende Impfungen eine – nun sagen wir mal – eher nachrangige Bedeutung haben. Ich glaube, das ist schon eher vorsichtig ausgedrückt.

(Ministerin Barbara Steffens: Völliger Quatsch!)

Im Fall eines erneuten Ausbruchs von Masern wird man Sie daran messen. Ich möchte an dieser Stelle einmal die Studie des Robert-Koch-Instituts zitieren – mit Verlaub –:

Um das für 2015 angestrebte Ziel der Masernelimination in europäischen Regionen der WHO zumindest zeitnah zu erreichen, müssen daher bundesweit verstärkte Anstrengungen unternommen werden, damit sich die Impfabzeptanz und die Zeitgerechtigkeit der Masernimpfung erhöht.

Davon ist leider wenig zu sehen. Aber ich möchte auch etwas Positives sagen. Auch wir begrüßen natürlich, Frau Ministerin Steffens, dass es in NRW gelungen ist, die Gesundheitskarte für Flüchtlinge auf den Weg zu bringen, und dass viele Kommunen dieses Angebot annehmen.

Präsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Pieper, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage bei Frau Grochowiak-Schmieding.

Monika Pieper (PIRATEN): Bitte.

Manuela Grochowiak-Schmieding (GRÜNE): Frau Pieper, ist Ihnen die Forderung der Weltgesundheitsorganisation bekannt, wie hoch die Durchimpfungsrate innerhalb einer Bevölkerung sein soll? – Wenn nicht, dann sage ich es Ihnen gerne: 95 %. Ist Ihnen bekannt, dass die Durchimpfungsrate in NRW 97 % beträgt?

Wie kommen Sie dann zu Ihrer Aussage, dass bei uns eine flächendeckende Impfung nicht gewährleistet sei?

Monika Pieper (PIRATEN): Ich beziehe mich hier auf die Studie. Ich denke, dass da durchaus noch weiter Luft nach oben ist. Die Gesundheitsministerin kann da sicherlich noch das eine oder andere unternehmen.

Meine Damen und Herren, das zentrale Thema ist gerade angesprochen worden. Die Investitionskostenförderung der Krankenhäuser wurde stets unter den Teppich gekehrt, obwohl der Druck von allen Seiten zunimmt. Beschäftigte schlagen Alarm, Krankenhäuser schreiben rote Zahlen und müssen vermehrt auf moderne IT verzichten. Obwohl die Landesregierung gesetzlich für die auskömmliche Investitionskostenfinanzierung der Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen zuständig ist, reichen die Mittel bei Weitem nicht aus, ganz zu schweigen von dem eigenen Anspruch: MegaBits. MegaHerz. MegaStark.

Das hat gravierende Folgen. Die Unterfinanzierung von Investitionen hat auf die Pflege verheerende Auswirkungen. So sehen sich viele Krankenhaus-

verantwortliche genötigt, notwendige Investitionen mit Mitteln zu decken, die eigentlich für die Pflege am Bett vorgesehen sind.

(Ministerin Barbara Steffens: Das dürfen sie gar nicht!)

Das führt zu einer gefährlichen Unzufriedenheit und Überlastung bei den Beschäftigten in der Pflege und im Extremfall auch zu Patientengefährdungen. Wenn man mit den Betroffenen spricht, sieht es so aus: Beschäftigte beklagen zu viele Überstunden. Sie sind in einigen Fällen gezwungen, gegen Arbeitnehmersetze zu verstoßen.

Seit Jahren weisen wir immer wieder auf den Personalmangel in der Pflege hin. Wir haben Äußerungen und Tagebucheinträge von Pflegepersonal hier an dieser Stelle vorgetragen, siehe die Haushaltsreden 2013 und 2014. Doch genutzt hat es wenig.

Herr Yüksel, Sie haben gerade von einer Umfrage gesprochen, die die große Zufriedenheit der Menschen zum Thema „Gesundheit“ in diesem Land zeigen soll. Das gilt sicherlich nicht für die Pflege.

Wir sind auf die Straße gegangen. Wir haben flächendeckend in NRW mit Leuten gesprochen. Ich habe an dem Tag in Bochum noch Frau Löhmann getroffen. Vielleicht erinnern Sie sich. Es gibt niemanden in NRW, der sich von diesem Thema nicht betroffen fühlt, der nicht irgendjemanden kennt, der in der Pflege arbeitet, oder einen Angehörigen in einer Pflegesituation hat. Ich habe keine einzige Rückmeldung bekommen, dass alles prima sei und alles laufe. Nein, da besteht ganz großer Handlungsbedarf. Da müssen wir etwas unternehmen.

(Beifall von den PIRATEN – Zuruf von Manuela Grochowiak-Schmieding [GRÜNE])

Gleichzeitig führt die Unterfinanzierung der Krankenhäuser zu einer immer mehr alternden Infrastruktur. Das betrifft natürlich auch die digitale Infrastruktur. Damit meinen wir nicht nur Modellprojekte im Bereich Telematik bzw. Telemedizin, sondern die gesamte IT-Infrastruktur: Computer, Laptops, Tablets, Drucker, Scanner usw. Die Anforderungen, die mit dem E-Health-Gesetz einhergehen, sind dabei auch zu benennen. Schnittstellen sollen harmonisiert werden, natürlich unter Berücksichtigung des Datenschutzes. Wir alle wissen: Datenschutz ist teuer.

Zusammenfassend muss man feststellen: Die 4.0-Politik der Landesregierung manifestiert die marode und veraltete Infrastruktur sowie den Pflegemangel in Krankenhäusern. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Pieper. – Bevor ich Frau Ministerin Steffens das Wort erteile, möchte ich ganz herzlich Gäste aus der Türkei begrüßen, die gerade auf unserer

Tribüne Platz genommen haben. Auf Einladung des Freundschaftsvereins Bergisch Gladbach und der Region Tokat sind Gäste aus der Türkei da. Sie werden als Delegationsleitung vom Gouverneur aus Tokat angeführt. Herzlich willkommen! Schön, dass Sie bei uns sind!

(Beifall von allen Fraktionen)

Jetzt hat für die Landesregierung Frau Ministerin Steffens das Wort.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich werde zuerst zu den Teilen Gesundheit und Pflege Stellung beziehen und nach der zweiten Runde vielleicht noch auf den Emanzipationsbereich eingehen.

Frau Pieper, ich rechne Ihnen hoch an, dass Sie hier zum Haushalt reden, obwohl Sie gar nicht dem Ausschuss angehören. Wahrscheinlich ist das aber auch der Grund dafür,

(Beifall von den GRÜNEN)

dass Sie viele Dinge einfach nicht wissen.

Ich möchte kurz auf Ihr erstes Beispiel eingehen: MegaBits. Wenn Sie sich damit beschäftigen würden, wüssten Sie: Nordrhein-Westfalen ist das Bundesland, das in der Telematik und Telemedizin ganz weit vorne steht. Das ist vielleicht für Sie in unserem Haushalt nicht nachvollziehbar. Aber wir finanzieren in unserem Leitmarktwettbewerb Gesundheit diesen Bereich mit 40 Millionen €. Damit sind wir ganz weit vorne.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das werden Sie überall hören. Wir können Ihnen das auch gerne in den Erläuterungen zeigen. Sie können das auch auf Seite 38 meiner Präsentation nachlesen. Deswegen: Das ist hanebüchen.

Jetzt möchte ich noch auf die Argumente eingehen, die von denjenigen vorgetragen worden sind, die sich im Ausschuss immer wieder intensiv mit den Themen beschäftigen.

Herr Burkert, ich würde gerne mit Ihren Einlassungen zum Krankenhausbereich beginnen. Denn Ihre Botschaften waren sehr widersprüchlich. Sie haben damit begonnen, dass wir zu viele Kliniken in Nordrhein-Westfalen hätten und hier eigentlich einen stärkeren Konzentrationsprozess bräuchten. Das fordert der Bund ja auch immer wieder. Deswegen habe ich ja auch heftig für diesen Strukturfonds gestritten und die Haushaltsmittel angesetzt, um – auch entsprechend unserem Krankenhausplan – die Erreichbarkeit von Krankenhäusern im Umkreis von 20 km stabilisieren zu können.

Aber das große Problem in Nordrhein-Westfalen ist: Gerade dann, wenn Krankenhäuser von ihren Trägern geschlossen werden sollen, sind es zum Teil

auch Abgeordnete aus diesem Parlament, die vor Ort sagen: Jedes bestehende Krankenhaus in jeder Kommune muss erhalten bleiben. – Das geht dann aber nicht. Denn wenn wir diesen Strukturprozess wollen, müssen wir den Strukturprozess auch mit Inhalt füllen.

Das ist auch ein Teil unserer Krankenhausrahmenplanung und des Planungsprozesses. Sie haben mir ja vorgeworfen, der Plan würde nicht so schnell umgesetzt, wie wir das gerne wollten. Ja, wir haben einen Krankenhausplan und haben ein ehrgeiziges Ziel.

Dazu muss ich sagen: Wir könnten schon ganz woanders stehen, wenn mein Vorgänger Karl-Josef Laumann in den fünf Jahren überhaupt einen Krankenhausplan gemacht hätte. Er hat es gar nicht getan. Er hat den Krankenhausplan fünf Jahre lang liegenlassen und wir mussten diesen aufgreifen.

Jetzt geht es um die Umsetzung vor Ort. Da, wo wir einen Konsens haben, konnten wir die Planung ja schon umsetzen. Nur dort, wo es einen kommunalen Dissens gibt, brauchen wir die Zeit. Deswegen ist es ein ganz normales Planungsverfahren, um dann auch im Falle eines Dissenses ausgewogen ein Ergebnis zu erzielen.

Sie werfen uns vor, dass wir in der Krankenhausinvestitionsfinanzierung nicht noch mehr obendrauf legen. Auch das ist ein Vorwurf, den ich schon oft vonseiten der FDP gehört habe und für ziemlich schräg halte im Zusammenhang damit, dass Sie fünf Jahre lang, als Sie an der Regierung waren, diese investiven Mittel um null erhöht haben.

Wir haben es an der Stelle geschafft, diesen Ansatz im Haushalt 2015 bei den kurzfristigen Anlagegütern zu erhöhen. Im Haushalt 2016 haben wir eine Erhöhung der Baupauschale.

Frau Schneider, wenn Sie sich hinstellen und die besonderen Beträge, die wir kürzen, kritisieren, empfehle ich, dass Sie einfach einmal in den Haushaltsplan hineinsehen. Aus diesem Haushaltstitel sind nur Mittel im Umfang von 843.000 € abgeflossen. Der Rest, den wir nach der Umschichtung im Strukturfonds lassen, liegt immer noch bei 1,7 Millionen €. Wir haben hier also nichts gekürzt.

Wir nehmen den Krankenhäusern nichts weg, sondern die Krankenhäuser bekommen an der Stelle mehr. Sie bekommen nicht nur das, was im Haushalt steht, sondern in der Diskussion mit dem Bund in der Bund-Länder-AG haben wir auch erreicht, dass der Landesbasisfallwert erhöht wird. Wir haben erreicht, dass der Versorgungszuschlag in einen Pflegestellenzuschlag umgewandelt wird. Außerdem haben wir erreicht, dass mit diesen Änderungen auf Bundesebene durch das Krankenhausstrukturreformgesetz den Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen wirklich ein massives Mehr zugutekommt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deswegen ist es eine völlig falsche Einschätzung, die nordrhein-westfälischen Krankenhäuser würden an der Stelle leiden. So gut, wie es ihnen nach dieser Reform und dem Haushaltsansatz geht, ging es ihnen in Nordrhein-Westfalen verdammt lange nicht. Aus diesem Grunde sollte an der Stelle anerkannt werden, was wir erreicht haben.

Der zweite Punkt, Herr Burkert, auf den Sie eingegangen sind, ist einer, der ganz aktuell ist und den wir hoffentlich in den nächsten Wochen noch einmal gemeinsam diskutieren werden. Das ist die Frage der Generalistik. Sie haben sich hier hingestellt und gesagt, ich wäre eine grundsätzliche Gegnerin. Ich sollte endlich das Tolle, was uns der Bund vorgelegt hat, mit einem Ja akzeptieren.

Wir haben letzte Woche Freitag einen 113 Seiten umfassenden Gesetzentwurf vorgelegt bekommen mit einer Frist zur Stellungnahme von 14 Tagen – für ein Gesetz, das die gesamte Pflegeausbildung als generalistische Ausbildung komplett umstellt.

Ich habe als Landesministerin die Verantwortung dafür, die Risiken und die finanziellen Auswirkungen auf das Land Nordrhein-Westfalen zu prüfen. Diese Generalistik birgt für mich drei Probleme. Das eine Problem ist: Wir haben es geschafft, von 9.269 Schülern und Schülerinnen auf 17.850 Plätze in 2016 aufzustocken. Das ist uns konsensual gelungen, weil wir es geschafft haben, die ambulanten Pflegedienste mit in die Ausbildungsverantwortung zu nehmen.

Bei dieser Generalistik werden in Zukunft die Auszubildenden auf die Fachkräfte prozentual in einem gewissen Anteil angerechnet. Das heißt, Sie bekommen nicht wie bei uns bei der Umlage 100 % und haben sozusagen einen Auszubildenden, der einfach mitlaufen kann, sondern er wird mit einem eigenen Finanzierungsanteil zu Buche schlagen. Das werden ambulante Pflegedienste, die davon null haben, weil er nur mitlaufen und nicht eigenständig pflegen kann, nicht mehr machen. Deswegen werden wir eine massive Gefährdung haben, diese Ausbildungskapazitäten, wie wir sie heute haben, halten zu können. Diesen Diskurs müssen wir wenigstens zunächst gemeinsam führen.

Das Zweite ist das finanzielle Risiko, das Nordrhein-Westfalen mit diesem Gesetz vor sich hat. Ich würde gern, dass der Ausschuss dann dafür die Verantwortung trägt. Denn ich kann sie im Moment nicht tragen, weil das Risiko, das auf Nordrhein-Westfalen zukommt, so immens hoch ist, da die Ausbildungskosten ja nicht, wie in der heutigen Pflege bei 280 € pro Platz, pro Schüler, liegen werden, sondern auf das Niveau der Krankenpflege werden ansteigen müssen.

Damit sind wir bei ganz anderen Größenordnungen und Finanzierungszahlen. Sie finden, dass das marginal ist; ich meine das nicht. Ich denke, ich bin

das sowohl den Pflegebedürftigen in diesem Land schuldig, das intensiv und umfassend zu diskutieren, damit wir keinen Pflegefachkraftmangel bekommen, als dem Haushaltsgesetzgeber gegenüber, das sorgfältig zu prüfen, damit wir hier nicht in ein Defizit und in eine Schiefelage kommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin Steffens. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Kieninger das Wort.

Gerda Kieninger (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der „NRW-Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und gleichgeschlechtlicher Vielfalt – gegen Homo- und Transphobie“ hat eindeutig gezeigt, dass in allen Feldern der Politik mitgedacht werden muss, wenn es um das Thema LSBTTI geht. Diese Art des Umdenkens ist richtig und notwendig.

Im Einzelplan 15 Titelgruppe 75 ist eine Erhöhung der Mittel um 100.000 € notwendig, und zwar für eine Stärkung der Beratung im psychosozialen und rechtlichen Bereich und um Konzepte und Strategien zu entwickeln, die Vernetzung zwischen Förder- und Beratungsinstitutionen zu verbessern, damit das Thema LSBTTI auch überall dort präsent ist, wo es notwendig ist. Es muss unser Ziel sein, Homophobie aus unserer Gesellschaft zu verdrängen. Das funktioniert jedoch nur, wenn gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften nicht mehr als etwas Außergewöhnliches dargestellt werden. Noch sind wir ein gutes Stück von diesem Ziel entfernt. Darum brauchen wir auch diesen Aktionsplan.

Aber wir sollten uns auf der anderen Seite hüten, ein Netzwerk von neuen Strukturen aufzubauen. Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, in allen Beratungsstrukturen das Thema LSBTTI aufzunehmen und dort zu bearbeiten.

Im Einzelplan 15 Titelgruppe 61 haben die Koalitionsfraktionen im Haushalt eine Erhöhung der Mittel um 1 Million € eingestellt. Diese Summe teilt sich wie folgt auf: 330.000 € veranschlagen wir für die notwendige Betreuung von zumeist traumatisierten Kindern innerhalb der Frauenhäuser. Im Hinblick auf die Zukunft gilt weiterhin das Motto: Kein Kind zurücklassen!

450.000 € sollen für Modellprojekte „Second Stage“ verwendet werden. Hier geht es darum, zehn Wohnprojekte zu fördern, die Frauen einen Übergang in ein selbstständiges Leben ermöglichen. Es geht da um eine Art betreutes Wohnen, das sich an die Phase im Frauenhaus anschließt. Dies ist notwendig, um den Drehtüreffekt zu verhindern und den Frauen Hilfestellung zu geben, ein selbstbestimmtes Leben erst einmal in einer teilgeschützten Atmosphäre zu führen.

Präsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Kieninger, bitte entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege ...

(Holger Ellerbrock [FDP]: Nein, Entschuldigung!)

– Jetzt habe ich Sie ganz unnötig unterbrochen. Das tut mir sehr leid.

Gerda Kieninger (SPD): Das macht nichts. Ich hätte aber auch Herrn Ellerbrock eine Frage beantwortet.

(Heiterkeit – Zuruf von Holger Ellerbrock [FDP])

Aber ich glaube, das ist nicht so ganz Ihr Thema.

Jedenfalls ist der Bereich äußerst wichtig. Denn das eingesetzte Geld zahlt sich schnell wieder aus. Damit stabilisieren wir die Frauen auf ihrem neuen Weg, und es besteht ein weitaus geringeres Risiko für sie, letztendlich wieder im Frauenhaus zu landen.

Die verbleibenden 220.000 € aus unserem Haushaltsantrag sind für Investitionen in Frauenhäuser mit überdurchschnittlicher Platzzahl gedacht. Dieser Mehrbedarf ergibt sich, weil wir eine große Unterschiedlichkeit in der Ausstattung der Frauenhäuser bezüglich des Bettenbedarfs haben. Manche Frauenhäuser halten sechs, andere zehn oder zwölf Betten vor. Die Förderung unterscheidet sich jedoch nicht. Ich glaube, da müssen wir einsteigen, für mehr Gerechtigkeit sorgen und eine Umverteilung vornehmen.

Obwohl ich sehr wenig Zeit habe, würde ich gerne noch einen Punkt ansprechen, mit dem Herr Burkert seinen Redebeitrag begonnen hat: die Kompetenzzentren. Ja, gerade die Kompetenzzentren sind ein wichtiger Bereich unserer rot-grünen Politik. Hätten Sie seinerzeit nicht die Regionalstellen, die eine ähnliche Arbeit gemacht haben, abgeschafft, hätten wir schon eine wesentlich höhere Rate in der sozialversicherungspflichtigen Frauenerwerbsarbeit.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Gerda Kieninger (SPD): Aber Gott sei Dank sind jetzt die Kompetenzzentren da. Ich habe mich auch gefreut, dass die CDU großen Anteil daran genommen hat, als im letzten Sommer die Finanzierung ein bisschen schwer zu beraten und zu bewerkstelligen war.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Gerda Kieninger (SPD): Das war mir eine große Freude. Insbesondere meine Dortmunder und

Schwerter Kolleginnen haben sich groß gekümmert – auch öffentlich.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Gerda Kieninger (SPD): An Frau Schneider, die gesagt hat, unsere Haushaltsanträge können wir von dem Geld der Kompetenzzentren fördern, noch folgenden Hinweis:

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Das geht leider nicht. Denn die werden durch den EFRE gefördert, und die EFRE-Mittel können wir weder für die Frauenhäuser ...

Präsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Kieninger!

Gerda Kieninger (SPD): ... noch für andere Bereiche einsetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Kieninger. – Für die FDP-Fraktion hat Frau Kollegin Schneider ein zweites Mal das Wort.

Susanne Schneider (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Rot-Grün verpasst auch an dieser Stelle mal wieder die Chance, nicht nur die Frauen-, sondern auch die Männergesundheit zu fördern. Nur das Kompetenzzentrum Frauen und Gesundheit erhält wieder eine Finanzspritze in Höhe von einer Viertelmillion Euro. Frau Ministerin, auch Männer brauchen Hilfe. Wir Liberale sind der Ansicht,

(Beifall von der FDP)

dass es höchste Zeit für ein Kompetenzzentrum „Mann und Gesundheit“ ist.

(Heiterkeit)

Das wünsche ich mir mit meiner Fraktion. Wenn Ihnen die Worte „Mann und Gesundheit“ nicht über die Lippen kommen wollen, nennen wir es eben „geschlechtergerechte Gesundheit“. Vielleicht können Sie damit umgehen.

Für das kommende Jahr haben Sie sich viel vorgenommen: erstens die Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes, zweitens die Fortschreibung des Landesaktionsplans zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, drittens die flächendeckende Umsetzung der anonymen Spurensicherung, viertens die Förderung der Beratung und Unterstützung traumatisierter Flüchtlingsfrauen und fünftens die Fortschreibung des Aktionsplans gegen Homo- und Transphobie.

(Ministerin Barbara Steffens: Genau!)

Fünf große Vorhaben wollen Sie vor der nächsten Landtagswahl noch realisieren. Das ist eine Mammutaufgabe, die die Frage in den Raum wirft, warum das alles im letzten Regierungsjahr raus muss.

(Zurufe von der SPD – Zuruf von Ministerin Barbara Steffens)

Es ist doch eigentlich üblich, habe ich mir erklären lassen, große Vorhaben direkt zu Beginn einer Legislaturperiode zu realisieren. Denn dann ist ausreichend Zeit, sie ordentlich und ohne Hektik auf den Weg zu bringen.

(Ministerin Barbara Steffens: Wir haben doch keine Hektik!)

Sie, Frau Ministerin, haben sich durch langwierige Gutachten, zum Beispiel zu dem Landesgleichstellungsgesetz, schlichtweg verzettelt. Wir Liberalen werden aber als Parlamentarier die Suppe nicht auslöffeln, indem wir das geplante Landesgleichstellungsgesetz im Schweinsgalopp durch den Landtag jagen. Gerade in diesem Bereich werden wir auf einem ordentlichen Verfahren bestehen.

Wir wollen im Übrigen ein Landesgleichstellungsgesetz, das auch die Belange von Männern berücksichtigt und zeitgemäß in die Richtung des Bundesgleichstellungsgesetzes geht.

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, wir sind auch nicht zufrieden, dass die flächendeckende Einführung der anonymen Spurensicherung so lange auf sich warten lässt. Sie haben die Betroffenen aus unserer Sicht viel zu lange im Regen stehen lassen.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Die 400.000 € werden für die landesweite Installation des Systems sicherlich ausreichend sein. Aber ich bezweifle nach wie vor, dass ein solcher Betrag den Roll-out finanzieren wird, der im kommenden Jahr ansteht.

Wir geben keine gesetzlichen Verpflichtungen vor, wo und in welcher Höhe die Gelder im Emanzipationsetat ausgegeben werden sollen. Diese große Handlungsfreiheit ist natürlich verlockend und verleitet dazu, wieder mal Spielwiesen zu bedienen. Ich mahne jedes Jahr, sorgsam und verantwortungsvoll im Sinne einer sparsamen wirtschaftlichen Haushaltspolitik mit den Geldern umzugehen. Das sind wir den Menschen in Nordrhein-Westfalen, vor allem den Steuerzahlern,

(Zuruf von der SPD: Den Steuerzahlerinnen auch?)

schuldig.

(Beifall von der FDP)

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, als letzte Rednerin meiner Fraktion zum Haushalt

möchte ich auch erklären, dass wir uns an den Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit halten. Aber dieser Grundsatz wird von Rot-Grün schamlos ignoriert. Vorhin hieß es, Kompetenzzentren mit EFRE-Mittel – aber 3 Millionen aus dem Landeshaushalt gehen immer noch in diese Kompetenzzentren. EFRE-Mittel finanzieren nicht alles. Und es ist eine Doppelstruktur. Wir brauchen diese 16 Kompetenzzentren nicht.

(Beifall von der FDP)

Frau Kieninger hat richtigerweise gesagt: Kompetenzzentren sind Regionalstellen 2.0 reloaded –

(Ministerin Barbara Steffens: Nein!)

und das für 3 Millionen! Wenn ich über eine Kleine Anfrage wissen möchte, wie vielen Frauen damit geholfen wurde, kommt die Antwort: Die Zeit ist noch zu kurz. – Wenn ich anderthalb Jahre später noch mal nachfrage, wer letztendlich davon profitiert hat, verweisen Sie auf die erste Antwort auf die Kleine Anfrage. Ich würde schon gern wissen, was die Kompetenzzentren tun, außer viel zu viel Geld zu kosten. Das andere Geschlecht oder die anderen Geschlechter, wenn Sie so wollen, schauen dabei mal wieder in die Röhre.

Damit es nicht zu dem Vorwurf kommt, wir setzten uns nicht für Frauenförderung ein: Das tut die FDP natürlich auch gerne.

Sie sollte schon bei der Berufswahlentscheidung ansetzen. Diese sollte nicht von den klassischen Geschlechterrollen, sondern vielmehr von Fähigkeiten und Interessen geleitet werden. Weiterhin bräuchten wir immer noch eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ich weiß auch nicht, warum ich das jedes Jahr erzählen muss. Bei der U3-Betreuung sind wir, soviel ich weiß, immer noch Schlusslicht. Flexible Arbeitsmodelle? – Fehl-anzeige!

(Zuruf von Ministerin Barbara Steffens)

Wenn Frauen oder auch Männer in Teilzeit arbeiten, bekommt Rot-Grün sofort Schnappatmung und spricht von der Teilzeitfalle.

Der Etatentwurf, der uns hier vorliegt, zeigt vielleicht den einen oder anderen vernünftigen Ansatz, doch leider werden hier mal wieder unheimlich viele Mittel zum Bepflanzen rot-grüner Spielwiesen verwendet. Aber für Blümchenpflückereien ist in diesem Haushalt kein Geld vorhanden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. – Für die Grünen hat Frau Kollegin Paul das Wort. Bitte erschrecken Sie nicht, wenn Sie die Redezeit angezeigt bekommen. Sie haben drei Minuten mehr, als wir Ihnen elektronisch zurzeit zeigen dürfen.

(Marc Olejak [PIRATEN]: Man hat uns vertauscht!)

Josefine Paul (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Schneider, das war jetzt wieder etwas aus der Kategorie „Buntes und Vermischtes“. Das hatte gar nichts, aber auch gar nichts mit Frauenpolitik zu tun.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich finde es erstaunlich, Frau Schneider, dass Sie sich jetzt beharrlich seit drei Jahren weigern, irgendwie zu verstehen, was wir in unseren Haushalten eigentlich machen, was wir im Ausschuss machen, was Frauenpolitik allgemein eigentlich bedeutet und welchen gesellschaftspolitischen Nutzen und welche gesellschaftspolitische Wichtigkeit dieses Thema hat.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Wieso Frauenpolitik?)

Das Einzige, was Sie mantraartig vortragen, ist: Ja, aber die Männer. – Da sind wir völlig einer Meinung: Auch Männer müssen sich emanzipieren; das ist gar keine Frage. Da stehen wir ihnen mit Rat und Tat zur Seite. Aber irgendetwas müssen sie an der Stelle auch selbst machen.

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Lachen von Susanne Schneider [FDP])

Leider können sich die Männer an dieser Stelle auch nicht auf die FDP verlassen. Denn außer dass Sie immer vortragen: „Ja, aber die Männer“, kommt von Ihnen konzeptionell nichts.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Damit ist den Männern in diesem Land überhaupt nicht geholfen.

Wir halten fest: Auch die Männer in diesem Land können froh sein, dass Rot-Grün regiert, denn mit Ihnen wären wir bei tarnen, täuschen, gar nichts tun.

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Lachen von der FDP)

Zur CDU: Liebe Frau van Dinther, Sie haben Herrn Burkert vortragen lassen, was Sie uns emanzipationspolitisch mit auf den Weg geben wollten. Das war auch wieder das Mantra der Kompetenzzentren. Es hat ja was von: Und jährlich grüßt das Murmeltier.

Wir haben gestern noch in den Zeitungen lesen können, warum wir diese Kompetenzzentren eigentlich haben. Denn Frau Güler hat sich darüber ausgelassen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Politikbetrieb offenkundig nicht zu managen sein.

Da frage ich doch, wieso Sie uns nicht beispringen und sagen: eine Zeit, in der wir die Kompetenzzentren gern mitfördern. – Die Vertreterinnen der Kompetenzzentren kommen sicherlich auch gern in die CDU-Fraktion und beraten Sie dabei, wie die Vereinbarkeit herzustellen ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, würden Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Schneider zulassen?

Josefine Paul (GRÜNE): Ja, gerne.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Susanne Schneider (FDP: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul, dass Sie diese Frage zulassen. – Sie haben mir bzw. meiner Fraktion gerade vorgeworfen, die FDP-Fraktion täte nichts für die Männer. Einen der Anträge, die wir im letzten Jahr gestellt haben, haben Sie nicht abgelehnt, nämlich den Antrag, den Girls' Day und den Boys' Day gemeinsam aufzuwerten, sprich: den Boys' Day aufzuwerten.

Den Antrag haben Sie sogar mitunterschrieben. Aber letztlich war es doch dann so im Hohen Hause, nachdem das ein gemeinsamer Antrag war, der auch die Jungen fördern sollte, dass der Girls' und Boys' Day im Landtag überhaupt nicht mehr veranstaltet wurde, stattdessen wurde aber der Weltmädchentag zelebriert.

(Ministerin Barbara Steffens: Aber was hat das mit uns zu tun?)

Jetzt werfen Sie mir vor, nichts für die Jungs zu tun? – Das müssen Sie mir erklären.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Josefine Paul (GRÜNE: Vielen Dank, Frau Schneider, dass Sie mir die Gelegenheit geben, auch diesen Irrtum auf Ihrer Seite aufzuklären. Ja, wir haben alle miteinander diesen Antrag beschlossen. Das haben wir gern getan, denn Sie haben recht: Auch Jungs haben ein Geschlecht. – Seltene Erkenntnis, dazu brauchte es zwar nicht die FDP, aber vielen Dank.

(Heiterkeit von den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der FDP: Oh!)

Auch das hat natürlich mit sozialen Konnotationen zu tun.

Wir haben alle gemeinsam diesen Antrag beschlossen, und wir stehen alle gemeinsam hinter dieser Idee. Ich möchte Ihnen aber auch noch mal sagen, dass wir von der Präsidentin mehrfach die Erläuterung gehört haben – auch Frau Jansen hat uns das

noch einmal im Ausschuss erläutert –, warum es in diesem Jahr nicht dazu gekommen ist. Sie hatten uns dargelegt, dass es organisatorische Probleme gewesen sind.

Es ist doch keine Idee von Rot-Grün gewesen, der Verwaltung zu sagen: Oh bitte, den Boys' Day nicht machen, wir wollen nichts für die Jungs tun. – Das ist doch auch wieder so ein Ammenmärchen.

(Beifall von Manuela Grochowiak-Schmieding [GRÜNE] und Britta Altenkamp [SPD])

Wir haben auch nicht gesagt: „Liebe Verwaltung, wir wollen lieber den Mädchentag“, denn wir wollten eigentlich nur die Jungs pro forma mit ins Boot holen.

Das ist eine Sache der Verwaltung gewesen. Die Verwaltung hat zugesichert, dass es das im nächsten Jahr wieder geben wird. Dann sollte auch für Sie der Drops gelutscht sein. Daran würde ich mich an Ihrer Stelle auch nicht immer weiter aufhängen. Machen Sie doch in der Zeit etwas Anständiges,

(Heiterkeit von den GRÜNEN und der SPD – Beifall von Eva Steininger-Bludau [SPD])

zum Beispiel einen Antrag zu der von Ihnen geforderten Aufwertung der Gesundheitspolitik für Männer. Ich bin mir sicher: Die Frauen- und Gesundheitsministerin wird gleich noch etwas dazu sagen, wer eigentlich von der gesamten Gesundheitsförderung profitiert und wie da die Geschlechterverhältnisse sind. Das wäre doch auch mal was.

Ich möchte auch noch etwas zur Förderung der von Gewalt betroffenen Fragen sagen. Wir haben – Frau Kieninger hat es gerade schon gesagt – noch einmal 1 Million € auf die Finanzierung der Frauenhäuser draufgepackt. Wir wollen die Kinder unterstützen, denn auch sie sind von Gewalt betroffen. Sie bekommen die Gewalt in den Familien mit und sind zum Teil auch selbst Opfer. Sie wollen wir unterstützen: von dem Moment an, an dem auch sie mit ihren Müttern im Frauenhaus ankommen.

Wir brauchen neue Wohnformen, denn die Frauenhäuser sind ein Ort der akuten Nothilfe. Dafür sind sie immens wichtig. Wir möchten mit den Frauen gemeinsam auch neue Perspektiven für ein Leben jenseits der Gewalt bieten. Deswegen brauchen wir Projekte neuer Wohnformen. Auch zu den überdurchschnittlichen Platzzahlen wurde etwas gesagt.

(Beifall von Karin Schmitt-Promny [GRÜNE])

Ich möchte noch einige Sätze zum Themenbereich „Landesaktionsplan“ sagen. Er ist in diesem Jahr fortgeschrieben worden. Wir haben auch noch einmal durch die Fraktionen die Mittel für den Bereich LSBTTI um 100.000 € erhöhen können. Frau Schneider, viele Ihrer Einlassungen in letzter Zeit zum Thema „LSBTTI“ medial und als Anfragen machen mir deutlich, dass es wichtig ist, dass wir weiterhin diesen Landesaktionsplan haben, dass wir die Akzeptanzkampagne haben. Sie sind einer der

Belege dafür, dass wir das immer noch brauchen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der FDP: Oh!)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Olejak.

Marc Olejak (PIRATEN): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne und zu Hause! Liebe Eichhörchen! Vielen Dank erst einmal natürlich für die 100.000 € im Bereich LSBTTI und die 220.000 €, die schon angesprochen wurden, für die Frauenhäuser und für die Kinder.

Gerade eben wurde schon die Schwerpunkte des Gleichstellungsgesetzes angesprochen; vielen Dank Frau Kollegin Schneider.

Zwei Dinge irritieren mich immer wieder, Jahr für Jahr. Viel Zeit bleibt in dieser Legislaturperiode nicht mehr. Ich erinnere gern an den Koalitionsvertrag. Die Opposition hat nicht die Aufgabe, die Sachen entsprechend vorzubereiten und hier einzubringen.

Sie haben sich „Gender Budgeting“ selbst ins Heft geschrieben. Das steht komplettament noch aus. Vielleicht können Sie das mal mitnehmen; Sie haben nicht mehr so viel Zeit.

Und es gibt noch immer den Punkt der allgemeinen koordinierenden Stabstelle im Bereich der Gleichstellung. Das ist etwas, dass wir dieses Jahr weiter beobachten werden.

Insgesamt ist es sehr enttäuschend. Es sind einfach nur kleine Bastelbaustellen. Das große Bild fehlt in diesem Zusammenhang einfach. Daher sind wir letztlich enttäuscht. – Vielen Dank und noch einen schönen Abend.

(Beifall von den PIRATEN – Ministerin Barbara Steffens: Das war jetzt nicht abgestimmt, oder?)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Olejak. – Ich finde es schön, wenn Sie in Ihrer Rede alle entsprechend begrüßen, aber ich weiß nicht, ob die Begrüßungsformel „liebe Eichhörchen“ parlamentsgerecht ist.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf von den PIRATEN: Haben Sie etwas gegen Eichhörchen?)

Überlegen Sie sich vielleicht, ob wir in diesem Stil miteinander umgehen sollten. Ich meine, wir sollten das Parlament ernster nehmen.

Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Steffens.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Olejak, ich will kurz auf Ihren Beitrag reagieren. Sie vertreten heute die Kollegin, die Mitglied im Gleichstellungsausschuss ist. Diese Kollegin hat sich in Gänze konträr zu Ihnen eingelassen. Sie hat sich bei mir für die Arbeit bedankt. Sie hat dem Einzelplan 15 zugestimmt. Sie hat die Arbeit der Landesregierung gelobt. Ich finde es erstaunlich, wenn der Tenor Ihrer Rede dazu an dieser Stelle im Gegensatz steht. Denn ich fand, dass die Einlassung der Kollegin, die unsere Arbeit kontinuierlich begleitet, authentisch ist. Deswegen bin ich etwas erstaunt.

Zu den Einlassungen der Kollegin Schneider: Ich könnte wahrscheinlich die Reden der letzten Jahre wieder herausholen, was wir im Bereich Frauenpolitik machen. Wir haben damit nun einmal in der Landespolitik einen Bereich, der nicht Gleichstellungspolitik ist, sondern der im Sinne des Nachteilsausgleichs Frauenpolitik ist. Das ist ein Bereich, der sich auch weiterhin nicht mit Männern beschäftigen wird.

Wir werden im Gesundheitsbereich weiterhin genderspezifische Gesundheitspolitik betreiben. Wir werden im Pflegebereich genderspezifische Pflegepolitik betreiben. Aber da, wo wir explizite Frauenpolitik im Sinne des Nachteilsausgleichs und der Gewaltschutzkonzeption betreiben, werden wir natürlich weiterhin der Aufgabe, die wir hier für das Land übernommen haben, nachkommen.

Sie haben die großen Projekte, die wir noch vor uns haben, aufgezählt. Sie haben nicht aufgezählt, welche großen Projekte wir im Bereich Frauen bereits gemacht haben. Aber ich gehe auf diese Bereiche gerne noch kurz ein.

Ein Projekt, das Sie angesprochen haben, ist die Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes und die Gutachten, die wir dazu in Auftrag geben haben.

Frau Schneider, wahrscheinlich ist Ihnen die Rechtsproblematik bei einem Gleichstellungsgesetz nicht wirklich präsent. Denn wir sind das erste Bundesland, das versucht, hier einen innovativen Schritt voranzugehen. Wir waren das erste Land, das Gleichstellungspolitik in dieser Form betrieben hat. Dabei ist wichtig, dass man nicht eben einmal ein Gesetz darnieder schreibt und verabschiedet, sondern dass man ein Gesetz wirklich rechtssicher gestaltet und dass man es mit denjenigen, die die Bedarfe und die Umsetzungsprobleme vor Ort haben, partizipativ umsetzt.

Dass Sie mit den Gleichstellungsbeauftragten, dass Sie mit denen, die es vor Ort umsetzen und die Probleme benennen, nicht reden, ist das eine. Wir, die Landesregierung, tun es aber. Das halte ich für einen sehr wichtigen Schritt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch bezogen auf unsere Gewaltschutzpolitik ist natürlich klar, dass wir das in einem partizipativen Prozess angehen und wir eine gemeinsame Konzeption auf den Weg bringen wollen. Denn allein top down kann man Strukturen nicht verändern oder stärken. Vielmehr muss das gemeinsam geschehen.

Als dritten Punkt haben Sie die anonyme Spurensicherung angesprochen. Eigentlich müssten Sie dazu hier eine andere Einlassung bringen können. Sie haben im Ausschuss die Präsentation von GOBSIS erwähnt, einem innovativen System, dass wir im Land entwickelt haben lassen. Denn Sie alle haben das System GOBSIS, mit dem wir die anonyme Spurensicherung internetgestützt, mit neuen Techniken voranbringen, gelobt. Das ist eines der hervorragenden Beispiele.

Der nächste Schritt ist, dass wir die Strukturen, die wir in der Frauenhilfe und beim Gewaltschutz haben, mit den Strukturen im Bereich des Personals zusammenbringen wollen, dass wir eine Ist-Stand-Erhebung haben und dass wir dann gemeinsam versuchen, die flächendeckende Ausrollung zu entwickeln.

Sie sagen dann aber, 400.000 € würden dafür reichen. Auch darüber, ob das reicht und wie viele Mittel man benötigt, um eine flächendeckende Versorgung an dieser Stelle zu haben, werden wir im Ausschuss intensiv diskutieren. Aber wir sind in diesen Punkten weit. Wir müssen ja nicht mehr Mittel in den Haushalt einstellen, als wir derzeit abfließen lassen können. Vielmehr brauchen wir zunächst eine Konzeption. Da sind wir dran.

An dieser Stelle geht mir Sorgfalt vor Schnelligkeit. Denn die Strukturen sollen nachhaltig sein. In Vergangenheit gab es genug Beispiele dafür, dass Schnelligkeit keine nachhaltigen Strukturen geschaffen hat. Deswegen geht es uns darum, hier wirklich etwas substanzvoll zu verändern.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Die Landesregierung hat ihre Redezeit um 48 Sekunden überschritten. Ich möchte darauf hinweisen, sehe aber keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben einige Abstimmungen vorzunehmen. Wir fangen mit der Abstimmung über den Einzelplan 15 an. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10515, den Einzelplan 15 in der Fassung der Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Einzelplan 15 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses** mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen

gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten **angenommen**.

Nachzuholen sind jetzt noch einige anderen Abstimmungen.

Zur Abstimmung über den Einzelplan 20, über den wir die Aussprache bereits gestern geführt haben, gebe ich noch den Hinweis auf den Änderungsantrag der CDU Drucksache 16/10388.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/10388. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 16/10388 abgelehnt** mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der Piraten gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

Wir stimmen nun ab über den Einzelplan 20. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10520, den Einzelplan 20 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Einzelplan 20 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen** mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion der Piraten.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen erstens über das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2016, also des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2016, und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes. Das sind die Drucksachen 16/9302 und – die Ergänzung – 16/10150. Hierzu möchte ich einen Hinweis geben auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses. Das ist die Drucksache 16/517. Die Aussprache hierüber haben wir auch bereits durchgeführt.

Wir stimmen ab über den Gesetzentwurf in der zweiten von drei Lesungen. Wer also für die Annahme des Gesetzentwurfes gemäß der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion der Piraten. Das **Gemeindefinanzierungsgesetz 2016 Drucksachen 16/9302 und 16/10517 ist in zweiter Lesung entsprechend den Beschlüssen des Ausschusses angenommen**.

Wir stimmen zweitens ab über das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016.